



Notdienst für Suchtmittelgefährdete
und -abhängige Berlin e.V.



Pressemitteilung | Gedenktag verstorbene Drogengebraucher*innen | Berlin | 21. Juli 2021

Der vermeidbare Tod von 216 Berliner Bürger*innen

Am 21. Juli, dem Internationalen Gedenktag für verstorbene Drogengebraucher*innen, setzt ein Berliner Bündnis ein öffentliches Zeichen für Solidarität und Entkriminalisierung.

Am 21. Juli gedenken in Berlin und weiteren ca. 70 Städten Deutschlands Mitarbeiter*innen aus der Aids- und Drogenhilfe sowie Drogenkonsument*innen und solidarische Menschen 1581 im Jahr 2020 verstorbenen Drogengebraucher*innen in Deutschland. Dies stellt einen Anstieg um 13% gegenüber dem Vorjahr dar und ist die höchste Zahl seit 2001.

Hilfe statt Strafe

Mit der Veranstaltung um 13:00 Uhr am Kottbusser Tor gilt es zu verdeutlichen, dass der Tod vieler dieser Menschen vermeidbar gewesen wäre, wenn Drogenkonsum aufgrund der massiven Verfolgung und Kriminalisierung nicht allein im Verborgenen stattgefunden hätte.

Corona hat die prekäre Lage der Drogengebrauchenden noch einmal verschärft.

„Überlebensorientierte Hilfe wie z. B. medizinische Behandlung waren nur sehr eingeschränkt verfügbar“, erläutert Andrea Piest vom Drogennotdienst Berlin. „Andererseits ermöglichten Regelungen einen erleichternden Zugang zur Substitutionsbehandlung. Wir wünschen uns, dass dieser erleichternde Zugang dauerhaft ermöglicht wird“.

Kriminalisierung: schädlich, teuer und unwirksam

Mit dem Gedenktag wollen wir verstorbenen Drogengebraucher*innen gedenken aber auch auf dringend notwendige Veränderungen aufmerksam machen. „Statt Drogenkonsument*innen zu verfolgen und zu kriminalisieren, sollten viel mehr niedrigschwellige Hilfen ausgebaut werden,“ so Martina von JES Berlin.

Sascha, Mitglied von BERLUN, eine Selbstorganisation von in Berlin lebenden Menschen aus Russland und Zentralasien, ergänzt *„Tausende Migrant*innen und Geflüchtete ebenso wie EU-Bürger*innen haben aufgrund fehlender Krankenversicherung und einem ungeklärtem Aufenthaltsstatus keinen Zugang zum Hilfesystem. Sie leben und sterben unter prekären Bedingungen.“* Sie können nicht von der Substitution als erfolgreichste Behandlungsform der Opioidabhängigkeit profitieren und haben in der Regel keinen Zugang zur HIV- und Hepatitis Behandlung.

Das Berliner Bündnis setzt mit der Veranstaltung am Kottbusser Tor ein öffentliches Zeichen für Solidarität und des Protestes gegen Kriminalisierung und Verfolgung und für Hilfe statt Strafe.

Kontakt für Presseanfragen: Andrea Piest Drogennotdienst, Tel: +4917615167835 | E-Mail: apiest@notdienstberlin.de Martina Hoffmann JES Berlin Tel: +491709154863 E-Mail: Martinahoffmann@online.de